

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

269 (17.11.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.95 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 2.15 M monatlich. Einzelnummern 10 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 22.-M, auswärts 27.-M. Die 2-spaltige 30.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Dr. Cuno Reichskanzler

WZ. Berlin, 16. Nov. (Sonderdepesche.) Der Reichspräsident hat Geh. Rat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Geh. Rat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.

Geh. Rat Cuno hat seine Laufbahn als Verwaltungsbeamter begonnen. Nachdem er als Assessor Hilfsbeamter an der Oberzolldirektion Berlin gewesen war, kam er 1909 zum Reichsschatzamt, wurde ein Jahr darauf Regierungssekretär und 1912 Vortragender Rat. 1917 trat er in die Dotation der Hamburg-Amerika-Linie ein und wurde ein Jahr später nach dem Tode Ballins dessen Nachfolger. Als Mitglied des Sachverständigen-Komitees der deutschen Friedensdelegation ging Cuno nach Versailles. Generaldirektor Cuno war schon mehrfach Ministerkandidat, hat aber schließlich stets die Berufung abgelehnt. So sollte er im März 1920 als Finanzminister in das Kabinett Bauer eintreten, lehnte aber im letzten Augenblick ab. Im vorigen Jahre wurde er wieder als Finanzminister oder Vizepräsident der Reichsbank genannt, erklärte aber damals öffentlich, er beabsichtige in Hamburg zu bleiben, wolle ihn Veranlassung und Beruf geführt haben, um an Hamburgs Werten und Werten seinen Anteil zu nehmen. Damit glaubte er dem allgemeinen Wohl wirksamer zu dienen, als in der offiziellen Stellung eines Ministers oder Vizepräsidenten. Für den Neuaufbau Hamburgs als Welthafen hat Cuno Bedeutendes geleistet.

Cuno steht im 47. Lebensjahr. Was die politische Stellung des Herrn Dr. Cuno betrifft, so ist zu bemerken, daß er zwar früher Mitglied der Deutschen Volkspartei war, ihr aber seit dem Jahre 1920 nicht mehr angehört. Die wiederholt ausgesprochene Behauptung, daß er Mitglied der Zentrumspartei sei, ist nicht richtig.

Die Absichten Cunos

Der mit der Kabinettsbildung betraute Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno hat gestern nachmittags und am Abend die Parteiführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokraten über seine Absicht unterrichtet, ein Kabinett der Arbeit zu bilden, das sich ohne ein ausgearbeitetes Kabinettsprogramm zu bilden, auf alle Parteien stützen solle, die anbauende Arbeit leisten wollen. Als wichtigste Aufgabe des nächsten Kabinetts bezeichnet der präsumierte Kanzler laut „Post. Ztg.“ Deutschland aus den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen es sich befindet, herauszuführen. Er nehme das in der Note an die Reparationskommission vom 13. November in großen Zügen niedergelegte innen- und außenpolitische Programm, das die Zustimmung der vier Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokraten gefunden habe, an.

Bei den Parteien der Arbeitsgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden. Neben der Haltung der Sozialdemokratie beruhen die Mitarbeiter, daß die Fraktion beschließen habe, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der „Vorwärts“ erklärt diesen Parteibeisatz da-

mit, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbarer Kandidat sei, daß aber eine endgültige Stellungnahme der Partei erst erfolgen könne, wenn sein Programm und das von ihm geführte Kabinett vorliege. Was die Zusammensetzung des neuen Kabinetts angeht, so hat Geheimrat Cuno nach der „Post. Ztg.“ die Absicht, neben Parlamentarier auch einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen. Von den Ministern des Kabinetts Wright dürfte mehrere Plätze zum Vorzug der neuen Regierung Dr. Brücker, Dr. Radbruch, Dr. Geisler und Dr. Herms angedacht. Cuno ist gestern abend nach Hamburg gereist und führt heute nachmittags nach Berlin zurück, um seine Verhandlungen über die Kabinettsbildung abzuwickeln.

Der Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage hat gezeigt, wie schwierig es ist, in der gegenwärtigen Situation einen Mann zu finden, der im Einverständnis mit den Parteien die Kanzlerschaft übernehmen könnte und der schließlich auch befähigt ist, das schwierige Amt zum besten Nutzen des deutschen Volkes zu führen. Wenn man sich nach dem Reichspräsidenten nach einer starken Persönlichkeit, die nicht unbedingt dem Parlament angehören braucht, aber den Wert hat, ein Kabinett der Verantwortlichkeit zu bilden, das sich auf eine möglichst breite Grundlage des Vertrauens im Reich stützen kann. Ob dieser Mann in Herrn Cuno gefunden ist, dürfte nicht zu vernennen sein. Nach verschiedenen Berichten hat schließlich die einzige Möglichkeit vorgelegen, auf den Weg zurückzuführen, der betreten wird, bevor die Arbeitsgemeinschaft für Ullmann wegen der Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung an die Sozialdemokratische Partei richtete. Das ist der Weg der Verständigung der alten Koalition ohne Einverständnis, d. h. ohne die Forderung, daß jedes Mitglied der neuen Koalition als Angehöriger einer der drei offiziellen Koalitionsparteien abgemeldet sein müsse. Diese Forderung war in der Tat niemals gestellt und um so weniger durchgesetzt worden. Kommt ein solches Kabinett zustande, das dann in der Beziehung vieler Ministerposten mit dem vormaligen identisch sein wird, so besteht für die Sozialdemokratische Partei kein Grund, ihm die Unterstützung zu verweigern.

Die Note und die neue Regierung

Berlin, 16. Nov. (Preis-Tele.) Wie den Zeitungen mitgeteilt wird, liegt kein Anhaltspunkt vor, daß die Reparationskommission die deutsche Note vom 13. November durch den Minister der Regierung in ihrer Bedeutung als heimlichste Note gegen die Regierung der vier Parteien der Arbeitsgemeinschaft für die Bildung der nächsten Regierung als vorläufig für die Bildung der nächsten Regierung in Frage kommen könnten, ausführlich besprochen. Jede kommende Regierung muß hinter dem in der Note enthaltenen Programm bezüglich des Stabilisierungsprogramms stehen.

Derartigen Kräfteverhältnis der drei hauptsächlichsten Parteien werden, daß keine eine Mehrheit erzielen könnte außer in Verbindung mit der einen oder anderen der beiden Parteien.

Kein Generalkstreik in Düsseldorf

WZ. Düsseldorf, 16. Nov. Nach einer Mitteilung des Bezirkssekretariats des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf besteht eine stark behagliche Versammlung der Gewerkschaftsvorstände von Düsseldorf nach eingehender Beratung mit allen gegen 2 Stimmen, daß es für die freien Gewerkschaften keinen Generalkstreik gibt. Der nach im Kampf befindlichen Arbeitern wird die sofortige Wiederannahme der Arbeit empfohlen. Die Gewerkschaften wollen sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß Verhandlungen stattfinden.

Die parteiische bayerische Justiz

WZ. München, 16. Nov. In der Besprechung der Interpellation der sozialdemokratischen Partei wegen des Urteils des Volksgerechtes im Landesvertragsprozeß Rosenbach suchte der sozialdemokratische Abg. Sängner an der Hand von zahlreichen Beispielen zu beweisen, daß die bayerische Justiz parteiisch sei und daß gegen Hochverrat, Gewalttätigkeiten und Gesetzesverletzungen, die von politischen Rechtsstehenden begangen würden, nicht eingeschritten werde, während mit um so größerer Härte Begehren von Angehörigen anderer politischer Richtungen geahndet würden. Die Aufhebung der Volksgerichte dürfe keinen Tag mehr verschoben werden. Die Sozialdemokratie würde gegen eine solche Justiz im ganzen Lande Sturm laufen.

Ueberraschender Ausgang der englischen Wahlen

WZ. London, 16. Nov. Nach den bis 6 Uhr abends eingegangenen Meldungen wurden bisher gewählt 343 Konservativen, 47 Lloyd George-Liberale, 53 Unionist-Liberale, 130 Arbeitsparteier und 13 Unabhängige. Nicht gewählt wurden Churchill und Hancock.

London, 16. Nov. Die Wähler haben den allgemein erwarteten Sieg der Arbeiterpartei und der unabhängigen Liberalen sowie die Niederlage der Lloyd George-Liberalen hervorgerufen, jedoch noch mit ihrem Urteil zurück, da der größte Teil der Wählergebnisse noch aussteht. Die „Morning Post“ schreibt in einem, unter dem Eindruck der ersten am Abend vorliegenden Meldungen geschriebenen Artikel, es müsse schon jetzt zugestanden werden, daß die Hoffnungen der Liberalen und der Arbeiterpartei in hohem Maße erfüllt worden sind. Das Blatt hebt hervor, daß im Norden, insbesondere in Yorkshire und Lancashire, die Arbeiter ihre beträchtlichen Gewinne zum größten Teil auf Kosten der Lloyd George'schen Liberalen davontrugen. Wenn der Fortschritt der Arbeiterpartei in demselben Maße bis zum Ende der Wahlen anhielt, müßte die Lage als ernst angesehen werden. Die Arbeiterpartei könnte gut 160 bis 170 Sitze gewinnen. Wenn die Unionist-Liberalen ihre Stellung weiter so verbesere, so wäre die Lage leicht vorauszu sehen, in der eine Kombination der Unionist-Liberalen und der Arbeiterpartei im neuen Unterhaus die Mehrheit bilden würde. Die „Morning Post“ schreibt zum Schluß, für den Augenblick scheint es, daß die Wahlen mit einem

Der Kampf ums Brot im Badischen Landtag

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtages befaßte sich in zwei ausgedehnten Sitzungen am 13. und 14. November mit folgenden Anträgen:

1. der Abg. Weisshaupt u. Gen. sowie Wirth u. Gen., die Getreideumlage und den diesjährigen Saatensland betr.
2. der Abg. Hügle u. Gen., die Abgabepflicht an Umlagegetreide betr. - In Verbindung damit wurde gezogen die Verhandlung und Besprechung sämtlicher, mit diesen Anträgen und Anträgen zusammenhängender weiteren Anträgen:
3. der Abg. Dr. Mattes u. Gen., die Verzögerung mit Markennote betr.
4. der Abg. Gebhart u. Gen., die Durchführung des Umkultursgesetzes in Baden betr.
5. der Abg. Post u. Gen. Forderungsmassnahmen betr.
6. der fürnächste Antrag der Abg. Wöhrer u. Gen., die Bildung des Reichsverbandes betr.
7. die fürnächste Mitteilung der Abg. Dr. Glodner u. Gen., die Wirkung der Geldumstellung auf die freien Berufe betr.
8. Es lagen vom „Vorwärts“ über politische Parteien in 113 wählberechtigten Gemeinden vor.

Handelt wurde in die Verhandlung und Besprechung der beiden Anträge 1 und 2 eingeleitet für die Abg. Kleiber als Verhandlungsführer bestellt war, worauf sofort in die allgemeine Debatte eingetreten wurde. Die scharf die gegenwärtige Lage des Landes zwischen Anhängern und Gegnern der Umlagegetreide, der Getreideumlage einerseits und der förmlichen freien Wirtschaft auf der anderen Seite erkennen ließ. Die Vertreter des Landbundes traten offen gegen jede Art Umlagegetreide sowie gegen jede Getreideumlage auf, immer nur die einseitige Interessenvertretung ihres eigenen Berufstandes, der Landwirtschaft, hervorhebend, und jede Rücksichtnahme auf die übrigen Teile des Gesamtstaates vernachlässigend. Man plante, daß sich nach diesen Reden die Mehrheit des Volkes den landwirtschaftlichen Kreisen zuzählt, vergebend, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung nur ein Drittel, die übrigen Schichten des Volkes aber zwei Drittel umfassen. Die einseitige Stellungnahme des Landbundes ging so weit, daß ihre Vertreter mit der offenen Aufforderung gegen das Umlagegetreide drohten und den Satz prägten: „Mein einziger Bürgermeister in meinem Bezirk wird sich finden, der dieses Gesetz durchzuführen.“ Mit derselben Sorglosigkeit und dem gleichen Mangel an Verantwortungsgesühl schrien sich die Vertreter des Landbundes hinweg über die Frage, wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden sollen für die gegenwärtige Situation der notleidenden Landwirtschaft, hier insbesondere Ausgleich des Differenzbetrages des Umlagegetreidepreises und des freien Marktpreises. Die Folge der kassischen Aussprüche: „Es ist nicht meine Sache, den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Mittel aufgebracht werden.“ Es hegte die Wirkung solcher Worte, solchen Denkens und Handelns abzuschießen, wenn man ihnen etwas zuzufügen wollte, wenn er auch als Angehöriger den Antrag der Sozialdemokratie grundsätzlich nicht ablehnte.

Etwas gemäßigter war die Haltung der Vertreter der Deutschnationalen, der sich sehr warm für den Antrag der Abg. Gebhart u. Gen. einsetzte und sich anerkannte, daß eben wirtschaftliche und politische Programme die Parteien scheideten. Er erklärte weiter seine Zustimmung zum Antrag Wirth u. Gen. und Antrag Weisshaupt u. Gen., während gegen die Tagelöhne des Antrages Dr. Mattes Bedenken bestritten.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei war ausgeglichener und wohlüberlegter in seinen Ausführungen wohl mit Rücksicht auf die auch in seiner Partei vertretenen Konsumentenkreise in den Städten. Er warf auch die Frage auf, warum nur die Getreide anbauenden Kreise der Landwirtschaft zu diesem finanziellen Opfer herangezogen werden, wie es die Getreideumlage mit sich bringt. Den Antrag für Antrag Dr. Mattes und nimmt die Anträge Weisshaupt u. Gen., Wirth u. Gen. und Hügle u. Gen. an und spricht weiter für Zusammenfassung dieser Anträge.

Sehr energisch und temperamentvoll vertrat der Vertreter der Deutschen demokr. Partei die Interessen der Landwirtschaft, wenn er auch hin und wieder die wirkliche Not der Konsumenten, besonders der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Sozial- und sonstigen Rentner, der Witwen und Waisen nicht verkannte. Besonders aus dem Rahmen der bürgerlichen Betrachtungsweise heraus fallend, waren seine Ausführungen über die Heranziehung der Großindustrie, Handel- und Verkehrskreise zu finanziellen Opfern, in gleichem Verhältnis wie die Landwirtschaft, zur Verbilligung des Brotes für die Minderbemittelten.

Der erste Vertreter des Zentrums vertrat zunächst die rein landwirtschaftlichen Interessen und betonte, daß die badische Landwirtschaft überhaupt nicht in der Lage sei, das Soll der Getreideumlage abzudecken. Er sprach von dem Sonderopfer der Landwirtschaft bei Erfüllung eines Teiles der Umlage und bezifferte den finanziellen Verlust eines mittleren Bauern seines Heimatlandes auf 200-300 M bei Vergleich des Umlagepreises mit dem Marktpreis. Er hegte die schwärzesten Befürchtungen für den Anbau von Getreide für das nächste Erntejahr und vermahnte auf eine einwache Umstellung des Anbauverhältnisses der Landwirtschaft, die sich rentablen Anbauverhältnissen als Getreide anwenden werde, wenn nicht den fortwährenden Preissteigerungen, denen die Landwirtschaft ebenso unterworfen sei wie andere Berufe, wie Schmiede, Schlosser, Sattler u. dergl. Rechnung beim Umlagepreis getragen werde. Mit denselben Argumenten, aber auch dem Flügel des Zentrums Rechnung tragend, dem sich die Konsumenten zuzählen, vertrat

Scheidemann spricht heute abend bestimmt

Die Versammlung beginnt um 8 Uhr. Eintrittskarten sind an den Eingängen erhältlich. Der Festhallsaal ist geheizt.

ten weitere Zentrumsredner ihre Meinungen, immer eingehender, ja nicht auf beiden Seiten anzuhören, um nicht dem Landbund einerseits und der Linken andererseits Angriffspunkte in ihrer Haltung zu bieten und ihren eigenen Konsumenten- und Produzentenkreisen vor den Kopf zu stoßen; das alte Bild, in neuer Aufmachung. Ein von Zentrumsseite im Laufe der Verhandlung eingegangener Antrag wurde zur endgültigen Beschlussfassung zurückgestellt bis zur Rückkehr der bedürftigen Regierungsdirektoren aus Berlin und deren Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen. Die sofortige Behandlung des Zentrumsantrages wurde mit neun gegen sieben Stimmen abgelehnt, einfallend des Antrages, der für Ablehnung stimmte. Gegenüber dieser Stellung der bürgerl. Parteien war die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter, eine gleichwohl und klare Stellungnahme. Als Partei des werktätigen Volkes verstand sie es, den wirklichen Werten der Landwirtschaft, der schlechtesten Ernte Rechnung tragend, doch wirksamst den Interessen der breiten Volksmassen, der Konsumenten, gerecht zu werden, und man darf ruhig sagen, daß die überzeugendsten Ausführungen ihrer Vertreter ihren Eindruck auf die bürgerlichen Parteien nicht verfehlten. Insbesondere die Herausstellung der Kernfrage: War es möglich, überhaupt ohne Getreideumlage auszukommen? gab den ganzen Ausführungen über die notleidende Landwirtschaft, gegen die einseitigen finanziellen Opfer der Landwirte, stellte die Sozialdemokratie die Not in den Städten entgegen, die riesigen Opfer an Geld und Gut, die täglich und stündlich in den breiten Massen der Konsumenten gebracht werden müssen. Und gegen die Forderung der Landwirtschaft nach Weltmarkt, oder Weltmarktpreisen die Tatsache, daß kein Lohn- oder Gehaltsempfänger, kein Sozial- oder sonstiger Rentner, keine Witwen oder Waisen, kein Kriegs- oder Arbeitsinvalid ihre Bezüge zu Weltmarktpreisen oder in Weltmarktlöhnen erhalten, ein Opfer, das mindestens so groß sei wie das der Landwirtschaft, die jeden Tag wenigstens nicht die Sorge ums tägliche Brot habe.

Wenn die bürgerlichen Vertreter, so erklärten die sozialdemokratischen Sprecher, heute darüber klagen, daß die Industrie, der Großhandel und die Großlandwirtschaft und der Maßbesitz nicht im selben Maße zu den Opfern und Leistungen herangezogen werden wie die kleineren und mittleren Landwirte, so sei es ihre, der bürgerlichen Vertreter, Schuld, die Sozialdemokratie sei immer bereit gewesen, diese Streike gemäß ihrer Bestimmungsfähigkeit zu den Lasten des Staates heranzuziehen. Diese Bestimmungsfähigkeit sei aber immer an der Haltung der bürgerlichen Parteien geknüpft. Die Sozialdemokratie erklärte, sie lehne den Antrag Gebhard u. Gen. ab, nehme den Antrag Glinge u. Gen., unter genauer Umschreibung des Wortes „nachweisbar“, an, behalte sich ihre Stellungnahme zum Antrag Weishaupt bis nach Rückkehr der Regierungsdirektoren aus Berlin vor und halte ihren Antrag Wirk u. Gen. aufrecht.

Großen Eindruck machten auch die Ausführungen des Regierungsdirektors, insbesondere seine Bekanntheit der finanziellen Tragweite der bürgerlichen Anträge, auf Entschädigung der Geldbesitzer zwischen freiem und Umlagegetreide. Bei Aufrechterhaltung des Umlagezolls für Baden in Höhe von 23 000 Tonnen Getreide würde die finanzielle Auswirkung folgende sein:

1. ursprünglicher Getreidepreis für das erste Drittel, das am 31. Oktober abzuliefern gewesen wäre, 7 340 t : 7 000 M = 51 850 000 M.
2. neuer Umlagepreis für das erste Drittel, 7 340 t : 28 000 M = 262 500 000 M.
3. Marktpreis am 28. Oktober 1922, 7 340 t : 194 000 M = 1 423 800 000 M.

Also eine Mehrbelastung von rund 1 Milliarde 200 Millionen Mark. Und die Frage an die bürgerlichen Parteien: Wer soll bezahlen?

Der Haushaltungsaußenstehende einigte sich am Schluß, gegen die Stimmen des Zentrums, hier abzutreten, das Ergebnis der Verhandlungen der badischen Regierung in Berlin abzuwarten, und dann, in Gegenwart der Regierung, über die gesammelten Anträge sich schlüssig zu machen, und die Abstimmungen vorzunehmen.

Am zweiten Teil wurde der Gesandtschaft, Dr. Fr. 115, die Änderung des Beamtenrechts in seiner Anwendung auf die Hochschulprofessoren beraten. Berichterstatter war Professor Weber. Hierbei begrüßte zunächst der Vorsitzende den erstmalig anwesenden Unterrichtsminister Dr. Hellpach und wünscht im Interesse aller ein gedeihliches Zusammenarbeiten, worauf Minister Dr. Hellpach kurz dankte.

Die Vertreter der einzelnen Fraktionen und Gruppen begrüßten gleichfalls den neuen Herrn Minister, ihm gleichzeitig Wünsche für die Ausgestaltung des Schulwesens, besonders der Hochschulen, vortragend.

Es wird sodann in die Beratung des Gesandtschaftsberichtes eingetreten und unter Ablehnung eines gestellten Antrages, die Altersgrenze von 68 auf 70 Jahre festzusetzen, der Entwurf unter geringen reaktionellen Änderungen einstimmig angenommen.

Frauen übt euer Wahlrecht aus!

Das gleiche, allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, — ich weiß, unter euch Frauen, die ihr Mütter und Hausfrauen seid, sind viele, die die Äpfel zuden und meinen: Was ist und was, wir haben es nicht verlangt!

Ich weiß, eure Sorgen freisen um nähere Dinge. Ich weiß, euch brüht die Sorge um das tägliche Brot, euch quält die Mühe, Kleidung zu schaffen für drei, vier werdende Menschen; euch peinigt, daß ihr euren Kindern nicht den Weg bereiten könnt zu sorgenfreiem, lüchtem Dasein.

Aber müht ihr euch denn nicht sorgen um das tägliche Brot, weil die Arbeitskraft eurer Männer Werte ist, die schlecht bezahlt wird; weil die Besitzer von Grund und Boden oder Maschinen von ihr leben wollen?

Müht ihr euch nicht mühen um die nötige Kleidung, während eure Männer an den Maschinen feinsten und kostspieligsten Luxusleidenden arbeiten müssen?

Müht ihr euch, noch so gefunden und klugen Kindern darum die Wege zu besserem Leben nicht öffnen, weil euch das Geld fehlt, weil die Schulen, die Lernjahre zu hoch für euer Einkommen sind?

Und müht ihr nicht Kinder gebären, ohne zu wissen, wie ihr sie ernähren solltet, müht ihr nicht Kinder gebären, wenn ihr so unterernährt und krank ward, daß die Frucht in eurem Leibe auch schwach und krank sein müßte?

Ihr müht, euch drohte das Buchhaus — den reichen Frauen standen teure Sanatorien und willige Hausärzte zur „Abhilfe“ bereit.

Das alles und noch viel mehr ist eure Plage, sind eure Lasten.

Nimmt man nicht das Mittel, Lasten abzumindern, selbst wenn man es vorher nicht als solches erkannt? Ergreift man nicht das Schwert, das einem zum Kampf um ein besseres Dasein, gegen eiserne Unterdrückung geboten wird, selbst wenn man nicht nach dem Schwert gerufen hat?

Die Revolution und die Partei, die dafür sorgte, daß sie nicht in eine Diktatur, in neue Unterdrückung ausartete, die Sozialdemokratie gab euch ein Schwert, gab euch ein Mittel an die Hand, an der Befreiung alles, was euch bedrückt und bedrängt, mitzuwirken, ohne in blutigem, verheerendem Kampf alles zu zertrümmern: Das allgemeine freie gleiche Wahlrecht, euer Stimmrecht!

Wer also nicht so närrisch sein will und auf das Mittel nicht verzichten will, der wähle am 19. November die Listen der Vereinigten sozialdem. Partei

Badische Politik

Die Frage des Rangohrs

Weil wir jüngst den badischen Gewerkschaften empfohlen haben, gleich den schiffischen Gewerkschaften sich energisch für die Wahl der sozialdemokratischen Liste bei den Gemeindevahlen im Zeug zu legen, läßt sich der „Vad. Beobachter“ von einem ganz Schläuen einen Wahlartikel schreiben, der ihn darat in Rage bringt, daß er ganz bedenkl. mit der Stimme im Rebel herinnfängt. Der Oberlehrer schreibt nämlich:

„Jetzt wirren wir also wieder da angelangt, wo wir vor 20 Jahren standen. Und das im Zeichen der Demokratie und Republik! Was sagt der badische Staatspräsident, der Innen- und Polizeiminister ist, zu diesem Terror?“

Was der bad. Polizeiminister zu dieser Sache sagen wird, wissen wir nicht. Ein junger Beamtenwärter aber, der das 18. Lebensjahr knapp hinter sich hat und das erste Jahr in der Ausbildung hinter sich hat, würde dem Artikelshreiber in intimer Weise ungefähr folgendes sagen können: „Sie Ziel, warum Sie doch ab, was bei uns in Baden geschieht. Der Polizeiminister hat nicht das Recht, einzugreifen, solange nichts Gefährliches vorkommt. Wenn Sie solches nach der Wahl

zu melden haben, dann kann dieselbe ja beanstandet werden.“

Wir aber fügen hinzu, daß jede politische Partei das Recht hat, ihre eingeschriebenen Mitglieder einer gewissen Kontrolle zu unterwerfen. Wer sich als Mitglied einer Partei hat eintragen lassen, der ist verpflichtet, dem Programm derselben entsprechend zu handeln. Tut er das nicht, dann steht der Partei das Recht des Ausschlusses zu. Welchen Wahlzettel der Wähler einwirft, kann ja nicht kontrolliert werden. Danor steht das Wahlgeheimnis. Es verläuft also alles auf durchaus gesetzlichem Wege, Herr Gewerkschaftssekretär.

Die Aufenthaltsgesetze für Ausländer. Mit Rücksicht auf den weiteren Niedgang der deutschen Währung sind die Aufenthaltsgesetze für Ausländer mit Wirkung vom 16. ds. Mts. ab verdoppelt worden.

Die konularische Vertretung der Republik Uruguan. Dem zum Generalkonsul von Uruguan für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin ernannten Dr. Maria A. Gist ist namens des Reichs das Equivalenzerteil worden. Der Genannte ist daher auch zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Aus der Partei

Mitteilungen des Parteisekretariats Karlsruhe

Versammlungen zur Gemeindevwahl mit dem Thema: „Die Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde“

- finden statt:
- Baden-Baden: 17. Nov., abends 8 Uhr im „Simmer-Saalbau“. Referent: Gen. Bürgermeister Albert Durlach.
 - Dagfenben 18. Nov., 8 Uhr, in der „Sinde“. Referent: Gen. Stadtm. Vöhringer-Karlsruhe.
 - Gaggenau: 18. Nov., abends 8 Uhr. Referent: Landtagsabg. Gen. Müller-Karlsruhe.
 - Forst: 18. Nov., abends 8 Uhr im „Höven“. Referent: Landtagsabg. Durlach.
 - Durlach: 18. Nov., abends 8 Uhr in der Festhalle. Referent: Stadtm. Dr. Kullmann-Karlsruhe.
 - Obergesunden: 18. Nov., 1/2 8 Uhr im „Dirsch“. Referent: Stadtverordneter Gen. Göttsch-Karlsruhe.
 - Ziefenbrunn: 18. Nov., 8 Uhr, in der „Rofe“. Referent: Gen. Stadtm. Kruse-Karlsruhe.
 - Gehmweckersbad: 18. Nov., 8 Uhr, im „Mler“. Referent: Gen. Hermann-Karlsruhe.
 - Baden-Baden-Weickbad: 18. Nov., 8 Uhr im „Anterfaal“. Ref.: Stadtm. Gen. G. d. K. Karlsruhe.
 - Baden-Baden-Weickbad: 18. Nov., 8 Uhr im „Gäckleinberg“. Referent: Gen. Koch-Karlsruhe.
 - Görden: 18. Nov., 8 Uhr im „Anter“. Referent: Gen. Tr. n. Karlsruhe.
 - Bruchhausen: 18. Nov., 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Referent: Gemeinderat Gen. G. u. n. E. Klingen.
 - Hohenweckersbad: 18. Nov., 8 Uhr, in der „Hochburg“. Referent: Stadtm. Gen. T. p. p. Karlsruhe.
 - Durlach-Neu: 18. Nov., 8 Uhr, in der „Blume“ in Neu. Referent: Stadtm. Gen. F. i. h. e. r. Karlsruhe.
 - Wickelbad: 18. Nov., 8 Uhr, in der „Eintoch“. Referent: Deubel-Karlsruhe.
 - Wulach: 18. Nov., 8 Uhr, im „Saum“. Referent: Genosse Dr. E. h. m. a. n. Karlsruhe.
 - Karlsruhe-Mühlheim: 18. Nov., 8 Uhr. Referent: Bürgermeister Gen. F. ä. d. G. Klingen.
 - Heidelheim: 18. Nov., 1/2 8 Uhr, „Bad. Hof“. Referent: Stadtverordneter Genosse Rothweiler-Karlsruhe.
 - Malsh: 18. Nov., 8 Uhr abends, im „Rahlsberg“. Referent: Genosse Gemeinderat S. i. h. e. r. E. Klingen.
 - Wiefental: 18. Nov., 8 Uhr abends, in der „Rofe“. Referent: Stadtverordneter Genosse G. h. a. l. l. Karlsruhe.
 - Gröningen: 18. Nov., 8 Uhr abends. Referent: Genosse D. o. r. n. e. r. Durlach.

Antstehet Durlach. Trotz unserer Aufforderung haben die Mitgliedschaften die Stimmzettel für die Bezirksrats- und Kreisverordnetenwahlen immer noch nicht abgegeben. Die Genossen werden ersucht, die Stimmzettel bei dem Unterzeichneten in Durlach, Waldstr. 55, umgehend abgeben zu lassen. Götzel.

Großen. Am Samstag, 18. November, abends 8 Uhr, findet im „Schwanen“ eine Parteiverammlung statt. Die Straßendemonstration werden ersucht, durch rege Arbeit für guten Verlauf dieser Versammlung zu sorgen.

Dieser Zeitungs sah, wollte er Papas Pfeifer um das Doppelte verkaufen. Dann hätte sein Wunsch das erforderliche Geld für die Bräute gehabt; ich glaube wahrhaftig, das wollte die alte Radikale. Und weil ihnen Jenkins im Büro keine Ruhe ließ, wurde wieder in Richmond geschrien. Sie können sich denken, wie ich mitrechnete. Das war im Frühling vor vier Jahren. — Eines schönen Tages brachte Harold Stützen von seinem Pfeifern und die Berechnung, wie stolz sie sein müßten und was sie kosten würden. Danach sah er die halbe Nacht eingeschlossen mit Papa in dessen Zimmer und wurde schließlich eingeladen, aber Nacht zu bleiben, weil es am folgenden Tag doch Sonntag sei. Ich hatte Papa selten so vergnügt und Mama nie so ermt gesehen. Jetzt aber nie, dachten wir beide. Ich sorgte dafür, daß uns Mama am Sonntagmorgen in der indischen Pagode erwartete. Harold erstarrt fest, aber er benahm sich wie der Gentleman, der er ist. Sie wissen, er ist eigentlich ein Engländer.“

„Sagte sie hinau, mich mit der treuerzigsten Rindheit ansehend und dann plötzlich purpurn errotend. Das Gersten bestand sie meistlich; ich war entworfen.“

„Das ganze Haus war gerührt; Mama sah, daß jeder Widerstand ausbleiben würde, Papa drümmte seinen Segen und nahm mir Harold, trotz des Sonntags, zum Rechnen wieder weg. — Aber im ganzen konnte ich zufrieden sein.“

„Und ich mühte mich ins Unvermeidliche fügen, so gut ich konnte. In ein Gedankensweben war nicht mehr zu denken!“

„Der — und Mitleid!“ rief sie; worauf sie sich angelehnt der ganzen Stadt Wien einem erneuten Ausbruch schillerter Härtlichkeit hingab. Ich wandte mich ab, bestellte die beste Flasche Ingawein, die auf dem Kohlenberg zu haben war, und ließ ein Tischchen in die schönste Ecke der Veranda rücken, an dem wir, etwas beruhigt, Platz nahmen.“

„Für war die Reihe an Stof, der ein hübsches Stück Lebensgeschichte in vernünftigen Zusammenhang und mit den Jagden belagern, wie sie Ingenieure lieben, zu erzählen mußte. Dann hing an seinem Ende, als ob sie all das zum erstenmal hätte und nicht selbst miterlebt hätte. Nur mandmal unterbroch sie ihn, um, nach unserm Zöllners Anweisung, eine Note ins ledige Leben ihres geliebten Harold zu schreiben, oder einen kleinen Dorn einzubringen, wenn es gerade passen wollte. Stof hatte in der Tat keine Riete in der großen Lotterie gezogen. Es war eine ganz außerordentliche Frau. Sie konnte rechnen und hatte Gutmot mitten zwischen zwei Rüssen.“

Hinter Pflug und Schraubstock

Erzählen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Eshy
(Kortfchuna.)

Harold lächelte seine Frau lachend. Vor einem Engländer hätte sie diesen Beweis jungen ehelichen Glückes nicht geduldet. Einem Fremden einem foreigner gegenüber, den sie nicht mit leidlichen Augen betrachtete, hat eine unverdorrene insulare Engländerin die Empfindung der Römerin gegen den schiffischen Sklaven. Es ist ärgerlich, aber nicht zu ändern. Stof ließ mich fortfahren.

„Das Ende vom Lied war, daß Harold die badialen sowohl als die kreisförmigen Rippen aufsehen durfte, und zwar anseherlich, wie du siehst. Im Innern war kein Raum und andre Säumerigkeiten. Schon sind sie nicht, aber es war ein wahres Glück für Scott Russell und für alles, was unter der Kuppel steht. Selbst zwischen den Rippen bog sich die Welle ein wenig durch. Ohne dieselben hätte das brillante Dach die ganze Ausstellung wahrscheinlich in ganz andre Weise zugedeckt, als beabsichtigt war. Das hinderliche aber Mr. Scott Russell keineswegs, beim Bräutigamsgeheimnis, wo er unserm Krupp gegenüberstand, dem Kanonendonig auf die Schulter zu klopfen und ihm mit freundlicher Verablassung zu sagen: „Wir sind ohne Zweifel die hervorragendsten Kollegen an der Tafel: Sie bauen die größten Geschütze in der Welt, ich habe die größte Kuppel gebaut.“

„Und wissen Sie, Herr Eshy,“ rief Frau Stof lebhaft, ohne Zeit zu finden, ihr feines Mädchen zu rümpfen, wozu Sie meine Gedächtnis sichtlich zeigte, „wissen Sie, daß Harold die größte Bräute baut?“

„An der größten Bräute!“ verbesserte ihr Gatte, und wieder überflog seine hübschen Züge ein eigenartlicher Schalten, den ich schon zum drittenmal bemerkte. „Da weißt, es wird Ernst mit der Enndocht. Es hat lange genug gedauert.“

„Papa verlor fast die Geduld,“ berichtete Frau Stof eifrig; sie war sichtlich auf diesem Gebiete zu Hause. „Er hätte sie ganz verloren. Er hat so viel anderes zu tun, das ihn nicht weniger interessiert. Aber Harold hielt aus und zeichnete und plante und rednete, bis er heraus war.“

„Eins habe ich jedenfalls herausgeredet,“ bestätigte Stof, „und es kostete fast ebensoviele Geduld und Sorgen — dich!“

„Anst!“ lachte seine Frau. „Ich wills lieber gleich gehen; du sagst es deinem Freund doch, wenn ihr allein seid: ich darf nicht schwer auszurechnen. Seit dem Nachmittag, an dem Harold zum erstenmal nach Richmond kam, mühte ich, was herabziehe, wie wann halt der große Uhrzeiger den kleinen wieder ein. Sie das ausrechnen, Herr Eshy? Ganz leicht ist es nicht, denn ich hätte noch der keine nicht, anstandslos.“

„Es war ein reizendes Fräulein für einen Ingenieur! Ich hing an, in meiner platonischen Art verheißt zu werden, und mühte mich zusammenzunehmen, besonders da Harold wie abwies, in die Ferne starrte.“

„Ehnen Sie, jetzt rednet er wieder!“ sagte sie, ihn wortwörtlich ansehend. „Er hat vor unserer Verheiratung zu viel gerechnet; seitdem sitzt es im Gehirn. Aber ich hoffe, in Venedig wird es schon besser werden, besonders weil jetzt mit der Bräute alles in Ordnung ist.“

„Ich habe davon gelesen, aber nur ganz flüchtig, daß Sir Williams Pläne angenommen sind und eine Gesellschaft gegründet wurde, die die Ausführung übernimmt,“ sagte ich. „Vergessen Sie das Dunkel, in dem ich lebe. Man kommt auf einer Ausstellung nicht zur Beirung.“

„Es ist auch nicht halb so interessant mehr, seit einiger Zeit.“ erklärte Frau Stof. „Vor zehn Jahren, wie Papa die ersten Projekte ausarbeitete, da hätten Sie sehen sollen, wie alles lebte. Papa machte Skizzen, Harold begann die Berechnungen aufzustellen, und was er rechnete, war dem alten Jenkins, der jahrelang Papas Bureauchef gewesen war, nicht recht. Aber Harold hatte schon eine Bräute in Wales herausgerechnet, die jedermann entzückte, so leicht und dierlich war sie, und mit Jenkins losigen Ideen war nichts anzufangen. Das ist ich sofort, als Harold öfter zu uns herauskam. Doch müssen Sie nicht denken, daß wir schon wußten, was in uns vorging. Ich war noch sehr jung, und Harold wenigstens merkte lange nichts.“

„Du weißt es!“ bestätigte Harold demüthig.

„Für Mama war schon genug für uns alle und sprach mit Papa. Da hatte das Rechnen in Richmond plötzlich ein Ende. Es war ein fürchterliches Jahr. Die Parliamentsliste, die man für eine so große Bräute brauchte, fiel durch. Papa wurde so verdrückt, wie er es in seinem Leben noch nie gewesen ist, und ich — es half nichts; Harold weiß es und würde es Ihnen doch sagen — ich war am Verzweifeln. Endlich stigierte Papa neue Pläne unter Jenkins Rücken, und Harold rednete wieder. Die

Zu den badischen Gemeindewahlen

Wähler, könntet Ihr alles vergessen?

In den Klagen, die man zur Zeit so viel über die Not und Zwang zu hören bekommt, ist auch oft der Ausdruck zu hören: „Im Kaiserreich, zu Großherzog-zeiten war es schöner als in der Republik!“

Ist das wahr? Wir sagen nein! Es ist die alte Erfahrung, daß der Mensch das Schlechte und Unangenehme schnell vergißt und nur das Schöne in seiner Erinnerung haften läßt. So erzählt mancher Soldat im Zivilleben gern die Erlebnisse der wenigen schönen Stunden beim Militär; die gemeinen häßlichen Schikanierungen seiner Vorgesetzten verschweigt er. Diefelbe Erfahrung sehen wir im Volksleben. So sagen viele Menschen sehr öfters, daß man für wenige Pfennige vor dem Kriege schöne Sachen kaufen und sich satt essen konnte. Allgemein stimmt das. Daß aber auch in dem Kriege, wo doch das deutsche Volk sozusagen im Gelde schwamm, viele elenden Verhältnisse herrschten und Schulden hungernden, das hat man vergessen, und deshalb wollen wir im Nachstehenden das Gedächtnis dieser Vergeßlichen auffrischen.

Wir erinnern daran, daß in den 90er Jahren in der Sonneberger Spielwarenindustrie Wochensöhne von 3 M. 50 Pfg bis 4 M. 50 Pfg. gezahlt wurden, in der Kerzenwarenindustrie in Oberfranken und Gegend sich der Lohn pro Kopf auf 40 Pfg. pro Tag stellte, daß in der Lausitz die Weber bei 12—14 Mündiger täglicher Arbeitszeit 7—9 M. pro Woche verdienten! Folgendes Infizitat stand am 12. Dezember 1910 im Leipziger Tageblatt:

„Herzbetwendend“

Ist der Anblick unserer 380 Krüppelkinder jeden Alters selbst Säuglinge, gelähmte, gekrümmte, verwachsene, mit Pflaster, ruffende, hinfende, an Krücken, Kufelose, Händelose, Tuberkulose mit eiternden Wunden, Blotische, einige Blind, Blind, taubstumme und geistig gleich. Von überall, ohne Rücksicht auf Ort und Religion aufgenommen und unentgeltlich in reichlich beschützten, in Handwerken ausgebildet, finden sie hier ihre Heimat, Trost, Sinderung resp. Seilung ihrer Leiden. Wer ist so gut und milde, und hilft unsere Elenden freudlich machen? — Der geringste Liebesgabe folgt von hier freudigster Dank und Segensgruß.

Angerberg, Ostpreußen, Krüppelheim.

Braun, Superintendent.

Im November 1901 wurde in der „Dresdener Zeitung“ von Behren berichtet, daß sie in ihrer Schule Untersuchungen veranstaltet und dabei festgestellt hätten, daß seit Monaten 25—30 Prozent ihrer Schulkinder kein Mittagbrot hätten.

Witte November 1909 stand in rheinischen Blättern ein Aufsatz, in dem es hieß: Die letzte amtliche Zählung hat ergeben, daß die Rheinprovinz 10 970 Krüppelkinder unter 15 Jahren hat. Von diesen armen Geschöpfen, die zum Teil in kränkelnden Armut ein menschenunwürdiges Dasein fristen, könnten mindestens 80 Prozent, also reichlich 8200 vollständig geheilt oder soweit gebessert werden, daß sie nicht mehr als Krüppel zu betrachten wären. Der Aufsatz sagt, da der Staat nichts für die armen Kinder tut, müsse durch milde Gaben Geld gesammelt werden, sonst würden die Kinder Krüppel. Unterzeichnet war der Aufsatz u. a. mit von dem Hg. Krindorn.

Am 15. März 1911 erschien im Leipziger „Tagblatt“ ein Aufsatz: „Dringende Bitte an alle, welche ein Herz für die Kinder haben!“ Da heißt es u. a.: „Daß Kinder durch jammervolle Verarmung, durch übermäßige Erwerbsarbeiten, geistig und körperlich verkrüppeln, daß sie durch Not und Gewissenslosigkeit ihrer „Erzieher“ sittlich, moralisch und körperlich verkommen sind, und schließlich dem Strafrichter anheim fallen. Wir bitten um Geldspenden!“ — Verein Leipziger Kinderfreunde. Weiterer Rat Prof. Dr. Sohm, Sanitätsrat Dr. Teuber und noch 10 weitere hervorragende Bürger der Stadt Leipzig hatten diesen Aufruf unterschrieben.

Am 8. Januar 1898 erschien in der „Dresdener Zeitung“ ein Aufruf, in dem es hieß: Nach amtlichen Feststellungen sind in Dresden 3400 Kinder vorhanden, welche hungern... die die notwendige Nahrung nicht haben, die sie zum normalen Wachstum brauchen etc.“

Dieser Aufruf erschien zum 25jährigen Gründungsjubiläum des Deutschen Reiches. Man hat um milde Gaben, damit der Hunger der Kinder gestillt werden könnte. Unterzeichnet war der Aufruf von Oberbürgermeister Beutler und sämtlichen Spitzen der Dresdener Gesellschaft. — In Seiten des Geldverlustes: hungernde Kinder!

Wie sorgte der reiche Staat für die Vaterlandsverleibiger und für die Militärinvaliden von 1864/66 und 1870/71? 1896 lagte in Berlin in Kellers Festhalten eine Invalidenversammlung. Herr Redow, Vorsitzender des Verbandes der Militärinvaliden, berichtete über eine Petition, die die Lage der Invaliden bessern sollte. Er schilderte, daß die Kameraden Hunger leiden, er führte aus, wenn es heißt: „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist, so folgen wir hinzu: Gebt unseren Invaliden Brot, damit sie nicht vor Elend in die Grube fahren.“ Jetzt bekommen die Erwerbslosen monatlich 10 M. Da muß man stehen oder betteln, wenn man nicht verhungern will. Da wir nichts bekommen, wollen wir eine Sterbekasse gründen, damit die Mitglieder der Notwendigkeit entbunden sind, im Todesfall sich auf Kosten der Kameraden begraben zu lassen. Er berichtete weiter, ein kürzlich verstorbenen Leutnant v. Seebach habe dem Rennverein 15 000 M. vermacht — die invaliden Kameraden könnten hungern. Für uns habe man kein Geld.

Da man das alles vergessen? Im „Freiburger Tageblatt“ Nr. 57 1915 boten arme Veteranen um abgelebte Kleider, damit sie bei eintretenden Todesfällen ihrer Kameraden einen halbwegs anständigen Anzug anlegen könnten!

Habt Ihr vergessen, daß 1913 der preussische Staat für die Kreisverwaltungen rund 11 400 982 M. dagegen sämtliche Klassen des Deutschen Reiches an Schwangeren, und Wöchnerinnenunterstützungen nur 6 799 157 M. ausgaben. Dagegen ist die durch den Krieg arm gemachte Republik für Wöchnerinnen und Schwangere jährlich hunderte Millionen Mark aus. Vergißt das zugunsten des alten Staates?

Aufrütteln!

Keine Gleichgültigkeit, denn sie kommt nur den reaktionären Parteien zugute. Die bürgerlichen Parteien und Interessengruppen machen die härtesten Anstrengungen, um ihr Ziel: Befestigung des sozialistischen Einflusses auf dem Rathaus zu erreichen. Arbeiter, Beamte, Anwesende! Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Vergesst das nicht. Rüttelt die Säulen auf zur Abgabe der Listen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, beginnend mit den Namen **Sekwerd, Goilob und Jung, Kermann**

1909 kamen in Preußen 127 000 Frauen ohne jede Hilfe einer Hebamme nieder. Da man das auch vergessen?

Der sächsische Augenheilkunde, Sig Dresden, teilte in seinem 80. Jahresbericht mit, daß die sächsische Regierung die jährliche Staatsbeihilfe auf 3435 M. herabgesetzt habe. Der Verein behandelte arme Augenranke unentgeltlich; sie müsse er jetzt abweisen, da er nicht die Mittel habe, sie weiter zu behandeln. In demselben Jahre aber bewilligte die konfessionelle Mehrheit des sächsischen Landtags dem Dresdener Rennverein 15 000 M. mehr. Das war im alten Staat!

Die Vertreter der verschiedenen Universitäten führten vor dem Kriege bittere Klagen, daß ihnen die notwendigen Mittel für Ausstattung der Universitäten fehlten; Krankenhäuser ermangeten der notwendigen Bänke und Apparate; die Bibliotheken konnten wegen Mangel an Mitteln nicht die notwendigen Neuaufstellungen ausführen, weil sie vom reichen Staat die nötigen Mittel nicht erhielten.

Die Sternwarte in Kreptow konnte nur mit Hilfe der freien Gewerkschaften, die für 180 000 M. Eintrittskarten im voraus kauften, ausgebaut werden. Der reiche Staat hatte dafür kein Geld!

Am 14. Februar 1912 stand in der „Sülinger Kreiszeitung“ der Waisenrat des Ortes werde am Sonntag im Gasthof zwei Mädchen von 2 und 4 Jahren mindesterfordern in gute Pflege unterbringen.

Da man vergessen, daß im Mai des Jahres 1912 und 1913 in Friedrichshafen am Bodensee regelmäßig 2—300 Kinder im Alter 4—14 Jahren mit dem Dampfschiff aus Regens anlangen, um für 30—120 M. Lohn als Hütelinder bis Ende Oktober in Deutschland tätig zu sein?

Das sind einige Beispiele von den Zuständen im alten Reich, in einer Zeit, wo gemessen an der heutigen, Deutschland buchstäblich in Goldüberflut lag.

Wenn heute Not und Mangel voranden ist, so ist es die Folge des fünfjährigen Krieges, den das alte Regiment und seine Kriegsheber heraufbeschworen und nicht durch einen Verhandlungsfrieden abbrechen wollten. Auf sie solle der tausendjährige Fluch aller Völker, nicht auf die bettelarme Republik, die das Unheil auslösten und heilen muß. Der Arzt, der den Kriegskrüppel behandelt, ist nicht der Schuldige, sondern der, der den Krieg verursacht hat.

Mehrarbeit auf Kosten des Achtstundentages!

sei das Gebot der Stunde. So sprach der Vorsitzende der deutschen nationalen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Herat, auf dem deutschen Parteitag in Götting. Das ist auch die Forderung aller anderen bürgerlichen Parteien, die den Achtstundentag mit vereinten Kräften befechten wollen. Der Herr Herat rief den deutschen Arbeiter zu: „Wenn ihr nicht wollt, daß wir von den Feinden Gewalt gebraucht!“ Eine verfehlte deutsche nationale Aufforderung an die Genossen, die bürgerlichen Parteien und dem kapitalistischen Unternehmertum in Deutschland bei der Befestigung des von den deutschen Hand- und Kopfarbeitern bis zum letzten verteidigten Achtstundentages behilflich zu sein. Wie ein Mann muß sich die gesamte Arbeiterschaft dagegen erheben. Den ersten Denkmals müssen die bürgerlichen Parteien, die Feinde des Achtstundentages, am 19. November erhalten durch den

Wahltag der Sozialdemokratie!

Bürgerliche Urteile über sozialdemokratische Gemeindepolitik

Nachdem die Sozialdemokratie durch die Einführung des Proporz zu den Gemeindevahlen allerorts die bisherigen Machtstellungen der bürgerlichen Parteien auf den Rathäusern bedroht, beginnen diese Parteien damit, den Schmutzflübel über die Sozialdemokratie auszuwehen und vor allem deren Arbeitsfähigkeit auf den Rathäusern auszuweihen. Die politische Arbeit der Sozialdemokratie in den Gemeindeparslamenten wird aber nur noch von Ängstern oder ausgeprägten Dummköpfen ignoriert oder bestritten. Die Presse aller Richtungen, soweit sie ernst genommen sein will, hervorragende Kommunalpolitiker haben sehr oft anerkannt, daß die Sozialdemokratie in praktischer Beziehung mustergültige Arbeit auf den Rathäusern geleistet hat. Wir zitieren nachfolgend solche Stimmen:

„Es ist schon oft hervorgehoben worden, daß dem Berliner Kommunalfreiwort vor allem jedes soziale Empfinden, jedes Verständnis für die sozialen Bedürfnisse eines großen Gemeindeforts abgeht. ... Wenn überhaupt ein wenig Sozialpolitik im Berliner Rathaus getrieben wird, so verdankt man das allein dem Dünken der Sozialdemokraten.“

„Köln. Volkszeitung“ (ultram.) Nov. 1901.

„Es ist längst anerkannt, daß gesunde und bedeutungsvolle moderne Entwicklungen aus dem sozialistischen Ideenreichtum herausgewachsen sind. Munde in deutschen Städten neuerdings geschaffene Einrichtungen, wie insbesondere Arbeitsvermittlungstellen, namentlich aber die zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiterschaft unternommenen Maßnahmen und die Einführung von Arbeiterkassenbestimmungen in die Submissionsbedingungen u. a. m. sind sozialdemokratischen Anregungen zu verdanken.“

Oberbürgermeister Altdies auf dem Deutschen Städtetag zu Dresden 1903.

„Die Frankfurter Bürgererschaft hat längst erkannt und anerkannt, daß sie eine Vertretung der Sozialdemokratie in der Gemeindevverwaltung für gerecht und notwendig hält. Der Kampf, der sich zwischen gegen einzelne Führer der Sozialdemokratie richtete, bezweckte keine Verfeinerung, sondern am letzten Ende eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den bürgerlichen freibürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Es war zuweilen ein scharfer Kampf, aber er wurde ehrlich ausgefochten. ... Wir versprechen uns von der bevorstehenden Klärung der Verhältnisse einen Aufschwung unseres kommunalen Lebens. Die Ansprüche der Arbeiterschaft werden ausgiebiger berücksichtigt werden können wie bisher, wenn der Nachweis erbracht ist, daß auch die Sozialdemokratie nichts anderes will, als eine Gemeindevverwaltung, die den veränderten Anforderungen der Zeit gerecht wird. ... Wer mit der Linken geht, der trägt zur Gründung unvorherkommener Verhältnisse bei, er dient sich selbst am besten und trägt zum allgemeinen Wohl bei.“

„Frankf. Tag.“ (dem.) Nr. 340 vom 5. Dez. 1906.

„Jetzt ist es soweit hier in Karlsruhe, daß in der Vertretung der dritten Klasse 82 Sozialdemokraten sitzen. 34

muß den Herren das Zeugnis geben, daß sie viel besser als je manche kurzfristige Gaverbetreibende, wie die Städte sie auch vielfach bergen, die Sache verstehen, daß sie mit dem Willensdruck der Arbeiter sich über alle maßgebenden Fragen zu unterrichten suchen, daß sie auch den Mut haben, vor jedermann ihre Meinung zu vertreten. ... Sie geben von großartigeren Gesichtspunkten aus, als manche andere. Und wenn die Städte sich so gedehlich entwickeln können, so darf man in jeder Bürgervertretung sicher sein, daß für ein gutdurchdachtes Projekt, sei es auf dem idealen Gebiete der Schule oder materiellen Gebiete, man unter den Sozialdemokraten überzeugte und entschlossene Anhänger der Projekte findet.“

Landgerichtsdirektor Fischer im badischen Landtag.

Dürmersheim. Wie in vielen Städten und Gemeinden in unserem Lande, hat sich auch hier eine neue Partei für die Gemeindevahlen gebildet, die sich Bürgervereinigung nennt. Auch einige Arbeiter haben sich von diesem Gebilde lösen lassen; aber es sind dies die besamten Unzufriedenen, die überall zu finden sind, und deren persönliche Wünsche nicht erfüllt werden können. Man findet auch auf der Liste dieser Partei ein Gemisch von Leuten, die oft und viel miteinander im heftigsten Kampfe aufeinander spielen und heute finden wir dieselben Leute Arm in Arm in trauriger Gesellschaft auf dieser Liste vereint. Unverständlich ist uns dennoch, wie auch Arbeiter unter diesem Mißgeschick sein können, der nur sein Holz und Almend kannte. Alles übrige zur Gemeindevwahl gehörige ist für diese Interessenten nebensächlich. Die nächsten Jahre werden aber zeigen, welche Aufgaben in der Gemeinde bevorstehen, die erledigt werden müssen und die für die Gemeinde von größter Bedeutung sind. Man wird dann sehen, welche Partei es sein wird, die diese Aufgaben erfüllen wird. Es wird dies nur einzig und allein die Vereinigte sozialdemokratische Partei sein. Darum, Wähler und Wählerinnen, weg mit dem Mißgeschick! Wählt am 19. November die Liste der sozialdemokratischen Partei.

Bildweier. Wie vielerorts, so hat sich auch hier ein bürgerlicher Block gegen die sozialdemokratische Partei gebildet. Ein Blick in die Vorkandidatenliste dieses Mißgeschicks läßt jeden, der die Leute und die heiligen kommunalen Verhältnisse kennt, sofort erkennen, wozu die Reize geben soll. Es sei vorweg erwähnt, daß ein kleiner Teil der Vorgelegenen dem bisherigen Ausschuss angehört und auch wie ein Teil der neuen Kandidaten als tüchtige Männer betrachtet werden dürfen. Was unserer Ansicht hat man aber die Kandidaten nur auf die Liste mitgenommen, um den eigentlichen Zweck des ganzen Vorganges zu verfehlen. Die Liste zeigt offensichtlich, daß der Kampf unfernen Bürgermeistern gelten soll. Man braucht nur die Namen näher zu betrachten, von denen der Starke geschoben werden, daß aus dieser bürgerlichen Liste nichts Erfreuliches heraus kommen kann, leuchtet ohne weiteres ein, denn es ist doch vollständig ausgeschlossen, daß irgend ein vernünftig und klar denkender Wähler Leuten von der Sorte des Vorkühlers des Mißgeschicks Folge leisten werden. Es wird schließlich so kommen, daß die anständigen Bewerber dieser Listen ihre eigenen Wege gehen werden, das Ende wird dann sein, daß sie aus der „Verher“partei ausgeschlossen werden und ihres Mandates verlustig gehen; der traurige Rest wird dann seine Mühsal aufzunehmen. Das derartige Aussehen nicht im Interesse des Gemeinwohls liegt, muß jedem Wähler und jeder Wählerin einleuchten.

Die Wählerchaft und besonders die Arbeiterschaft sei vor derartigen Gebilden gewarnt. Die sozialdemokratische Partei hat reiflich ihre Pflicht auf dem Rathaus erfüllt. Niemand ist in der Lage, irgend einen Vorwurf gegen sie zu erheben. Wir gehen noch weiter und stellen fest, daß gerade wir der gegnerischen Seite stets ein gutes Beispiel geben. — Wähler und Wählerinnen, stimmt deshalb am kommenden Sonntag für die sozialdemokratische Liste, welche frei ist „von aller Hinterlist!“

Die Frauen und der Vorstoß der Reaktion in Sachsen

Die Landtagswahlen in Sachsen, die am vergangenen Sonntag stattfanden, haben, mühen vorgenommen werden, weil die bürgerlichen Parteien unter sich nicht genügend Stimmen aufbrachten, um in einem Volksgesahren die Auflösung des Landtags zu erzwingen, die Aktion richtete sich gegen die Sozialdemokratie. Die Frauen haben dabei den Ausschlag zur Auflösung des Landtags gegeben. Beim Volksgesahren haben für die Auflösung des Landtags gestimmt in den Städten:

	männliche	weibl. Pers.	Prozent
Dresden	60 572	65 292	56,4
Bautzen	3 173	3 887	55,1
Freiberg	3 852	4 649	54,7
Meißen	2 844	3 475	55
Zittau	3 215	3 436	51,7
Leipzig	52 044	61 480	54,2
Chemnitz	26 521	28 375	51,4
Plauen	9 887	11 034	52,7
Zwickau	5 234	6 139	53

Das Ergebnis der gesamten Abstimmung in Leipsia

In Leipsia-Stadt haben von 453 833 Wahlberechtigten 372 685 ihr Wahlrecht ausgeübt; die Wahlbeteiligung betrug mithin 79 Prozent. Für die bürgerlichen Parteien hatten 82 686 Männer und 104 160 Frauen gestimmt. Für die sozialistischen Parteien 92 120 Männer und 93 718 Frauen gestimmt.

Gemeindepolitik

Zahr. Die letzte Bürgeransichtshung. In seiner letzten Sitzung erklärte sich der Bürgeransicht mit der Errichtung eines städtischen Altersheims in den Nebengebäuden des früheren Garnisonlazarets einverstanden und bewilligte hierfür vorläufig 500 000 M. — Aus den Rechnungsjahren 1919/20—1921/22 ergibt sich ein Fehlbetrag von etwa 2½ Millionen Mark. Mit dem Fehlbetrag aus dem laufenden Rechnungsjahr ist ein Betrag von annähernd sechs Millionen Mark durch erhöhte Umlage einzubringen, was der Bürgeransicht beschließt, jedoch die Festsetzung der Umlage für das letzte Rechnungsjahr dem neuen Bürgeransicht überläßt. — Für weitere bauliche Arbeiten im sogenannten Friedensheim auf dem gleichen Gelände der ehemaligen Batteriestelle, wo bis jetzt ungefähr 100 Wohnungen erstellt worden sind, bewilligte der Bürgeransicht 6,18 Millionen Mark.

Wie sieht es in einer von Kommunisten geleiteten Stadverwaltung aus?

In der letzten Stadteordnetenversammlung der Stadt Köben wurde mitgeteilt, daß die Stadt mit der Bezahlung von elektrischem Strom im Rückstand sei. Da nun infolgedessen die elektrische Heberlandzentrale den Strom abgestellt hat, können die Straßen nicht mehr beleuchtet werden. Weiter können auch die Schulräume nicht beheizt werden, da es an den nötigen Geldmitteln für die Beschaffung von Kohle fehlt. Selbst die Baumtengelhälter konnten am 1. Oktober nicht gezahlt werden. Köben hat eine von kommunistischer Mehrheit beherrschte Stadverwaltung.

Das sind die Spuren kommunistischer Gemeindepolitik.

Die Schmierkaffe der Arbeitgebe in Karlsruhe

Wahlvorschläge sind bekanntlich zu den Gemeindefestlichkeiten in Karlsruhe eingereicht. Sechs dieser Wahlvorschläge enthalten bürgerliche Bewerber. Wer weiß, was in der heutigen Zeit die Durchführung einer Wahl kostet, wird darüber erstaunt sein, daß sich dennoch das Bürgertum den Luxus erlauben kann, in sechsfacher Zahl in den Kampf zu ziehen. Ein einziger Stimmzettel z. B. kostet 80 Pfg., ein einziges Flugblatt kommt auf über eine Mark; schon aus diesen beiden Zahlen läßt sich erkennen, welche Riesensummen die Wahl verschlingen wird. Und dennoch scheut das Bürgertum die Ausgabe nicht; die bürgerliche Parteien leisten sich ihre besonderen Wahlzettel und Flugblätter und zwei Interessentengruppen stellen sich noch dazu. Woher das Geld? wird jedermann fragen, der weiß, daß der Wähler nach wie vor sein großes Kreuz von derartigen Unkosten war. Niemand wird glauben, daß die Hunderttausende Mark Wahlkosten aus Parteibeitragen oder Sammlungen aufgebracht werden. Das bringt nur die opferwillige Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie fertig. Woher haben also die Bürgerlichen das Geld? Wir sind in der Lage, darüber genaues Bescheid zu geben. Der gute Wahlwind wehte uns gestern zur richtigen Zeit noch folgendes Schriftstück auf den Schreibtisch:

Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammergebietes Karlsruhe e. V.
Kriegsstrae 174. Fernruf 820.
Mundschneidern Nr. 8. Karlsruhe, 14. Nov. 1922.

An unsere Mitglieder!

Streng vertraulich! Betr. Dispositionsfond.
Ausnahmsweise beschäftigt unseren Verband ausnahmsweise eines Arbeitgeberverbandes gehört. — Und doch erweist es sich bei näherer Zuseher erforderlich, daß die Arbeitgeber dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Vorgänge auf dem Gebiete der inneren Politik — um es noch deutlicher zu sagen: der Parteipolitik — zwingen alle Kreise, die sich als Gegner des Sozialismus bekennen, zur Rückkehr gegen diesen, der heute in Deutschland geschlossenere denn je dasteht.

Und zu diesen Kreisen der Gegner des Sozialismus zählt vor allen Dingen das Unternehmertum. Es ist also im Interesse des Unternehmers gelegen, wenn er ein Opfer bringt, zu dem wir ihn hiermit auffordern.

Aus zahlreichen Klagen unseres engeren Heimatlandes ringt der Sozialismus gegen das Bürgertum in diesen Tagen um die Mehrheit in den gemeindlichen Kollegien.

Es liegt im Interesse der Industrie, daß das bürgerliche Element sich behauptet.

Dazu bedarf es der finanziellen Hilfe der Industrie, auch unseres Verbandes. Sie ist in der Mitgliederversammlung vom 6. Nov. d. J. zugestimmt worden in einer Weise, die eine Bevorzugung der einen politisch bürgerlichen Partei gegen über der anderen nicht zuläßt.

Und noch ein anderes größeres erfordert unsere Hilfe. Es gilt Organisationen und Aufgaben zu unterstützen, die im Dienste des Bürgertums überhaupt stehen.

Denkt an das Rheinland, an die Pfalz, denkt vor allem an das Saargebiet mit seinen Bodenschätzen und der Zusammenhang ist da.

Bei solchen Gelegenheiten helfen zu können, sollte dem Vorstand unseres Verbandes ermöglicht werden.

Dazu wurde von dem Verband in der Mitgliederversammlung vom 6. Nov. d. J. ein Dispositionsfond geschaffen über den der Verband verfügt.

Jede Mitgliedsfirma hilft dem Fond zu schaffen, in dem sie dem ermohnten Beschlusse gemäß pro im Jahre 1921 beschäftigten Arbeitnehmer 50 M abführt.

Uns wurde von Ihnen f. Z. eine durchschnittliche Arbeitnehmerzahl von . . . angegeben. Sie sollen demnach . . .

in den Dispositionsfond durch Ueberweisung des Betrages auf unser Konto bei der Mitteldutschen Creditbank Filiale Karlsruhe oder auf unser Postfachkonto Nr. 29 500 Karlsruhe abführen.

Wir bitten um schnelle Erledigung und danken im voraus verbindlich.

geg. Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammergebietes Karlsruhe e. V.

Der Vorstand: Die Geschäftsstelle:
H. Knippenberg, 1. Vorf. Dr. Link, Syndikus

Die Karlsruher Arbeitgeber wollen also hinter ihren Mannheimer Kollegen nicht zururucken. Sie schaffen auch, wie jene, eine Schmier- oder Korruptionskasse, aus der jene Hilfe und Unterstützung erhalten, die gegen den Sozialismus um die Mehrheit in den gemeindlichen Kollegien ringen. Und da alle bürgerlichen Parteien geschlossen im Kampf gegen den Sozialismus, gegen die Sozialdemokratie stehen, so werden sie auch alle aus der Schmierkasse unterstützt: das Zentrum, die Demokraten, die Deutsch-Liberalen, die Deutsch-Nationalen, die Steinel- und die Siegelmanner! Die Betrage werden nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel auf die bürgerlichen Parteien verteilt werden. Daß es gerecht geschieht und daß keiner zu kurz kommt, daß die demokratischen Sozialisten, die volksparteilichen Schorf-macher, die deutschnationalen Industriemitter und der Steinel-Siegelische Industrie-Anhang.

Und Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, was habt Ihr gegen die hier sich offenbarende Korruption zu tun? Glaubst Ihr, daß es sich nur um den Sozialismus handelt, von dem die Firma Ant-Knippenberg spricht? Oder geht es nicht um mehr? Glaubst Ihr nicht auch, daß es da um Euren Achtstundentag geht? Um Eure Arbeitsrechte? Es ist so! Um Eure Grundrechte geht es!

Die bürgerlichen Mehrheiten auf den Rathhusern wie in den Parlamenten sind nötig, um jede Entwicklung des Arbeitsrechts zu verhindern, um jeden weiteren Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu hintertreiben, um jeden Schritt der Arbeitskraft ummoglich zu machen, um den Achtstundentag wieder nehmen zu können. 50 M pro Kopf von Euch, Ihr Arbeiter, Ihr Arbeiterinnen und Angestellten, sind dem Unternehmer diese Dinge wert. 50 M von Euch verdient, aber Euch vorenthalten und nun gegen Euch verwenden! Mit Eurem eigenen verdienten Geld will man Euch machtlos, wieder zu Sklaven machen.

Genossinnen und Genossen! Arbeiter, Arbeiterinnen! An-gestellte und Beamte! Dieses Schriftstück der Arbeitgeber mut Euch allen die Augen öffnen; auch den ehrlichen Arbeitern. Nun mit Ihr, wer hinter dem Kampf des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft steht, nun wit Ihr, woher die Mittel zu diesem Kopfe fließen. Quittiert am Sonntag! Ihr habt eine Waffe, mit der Ihr die Millionen der Arbeitgeber unabhanglich machen könnt: den Stimmzettel! Es ist heilige Pflicht eines jeden Arbeiters, Arbeiterin, Angestellten und Beamten, am Sonntag diese Waffe zu gebrauchen!

Keine Stimme den aus dem Schmierfond unterstützten bürgerlichen Parteien, die nie und nimmer die Interessen der Allgemeinheit auf dem Rathhause vertreten können, denn sie sind ja abhängig von ihren Geldgebern: Leistung wider Gegenleistung!

Arbeitler! Quittiert die 50 Mark, die auf Eure Kosten gegen Euch in die bürgerlichen Wahlkassen fließen, mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel!

Wahlst sozialdemokratisch!

nicht an, daß die Jugendgenossen, jungen Sportler, Turner und Sänger die alten Genossen Trepp auf, Trepp ab springen lassen und die Jugend hubst zu Hause bleibt oder dem Vergnügen nachgeht. Der Ausgang der Wahl ist nicht nur für die Alten von höchster Bedeutung, sondern insbesondere für die Jugend, für die Arbeiter-Sänger und Sportler, die ganze große soziale Familie — Partei, Gewerkschaft, Arbeiterjugend, Turner, Sportler und Sänger mut sich einfinden, um gemeinsam für den Sieg des Sozialismus zu kämpfen. Also heran zur Flugblattverbreitung, zur Wohlarbeit! Findet Euch in folgenden Lokalen zum Empfang der Flugblätter punktlieh ein:

- Bezirk Oststadt. Samstag von 8 Uhr ab im „Georg-Friedrich“.
- Bezirk Südstadt. Samstag von nachm. 3 Uhr ab im „Auerhahn“.
- Bezirk Weststadt. Ab 3 Uhr im Lokal „Unter den Linden“, Ede Vorstrae und Kaiserallee.
- Bezirk Mittel- und Südweststadt. Ab 3 Uhr in der „Gammelschule“, Ludwigsplatz.
- Altstadt. Ab 3 Uhr im „Fecht“, Steinstrae 4.
- Bezirk Westheim. Samstag nachm. 3 Uhr im „Beierheimer Hof“.
- Bezirk Muhlburg. Samstag nachm. 4 Uhr im Lokal zur „Stadt Karlsruhe“. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die Genossen und Genossinnen, die sich für das Wahlergebnis interessieren, sich am Sonntag abend von 5 Uhr ab im Lokal für „Stadt Karlsruhe“ treffen. Die Arbeiter-sänger in nenn und Sänger werden gebeten, zur Unterstützung beizutragen.

Das Zentrum ist fuchtelstuckwild

weil wir ihm seine Heuchlermaske vom Gesicht gerissen haben. Es schreit jetzt Jeter und Wardo über den Kampf des „Volk-freund“ gegen die vermeintlich „unantastbare“ Zentrumspartei

und freit die Rolle jenes kleinen Buben, der guttische Schlage erhalten hat. Das „Animerbad“ ist jetzt in den Hintergrund getreten, daß wir so ziemlich aller Spirit der Zentrumskorruption auf unseren Genossen Schwertl folgen, triert, ihm gilt die Wähler Seite die persönliche Note in den Kampf getragen wurde, während daß bekanntlich Herr Stadtrat Kuhn es war, der den abfurlichen persönlichen Kampf eröffnet hat, weil er eben seinen schonungswidrigen Sarciapparat nicht bezugeln kann. Ob er als Vertreter des Zentrums auch wirklich die geeignetste Personlichkeit ist, die gegen die angelegliche Verletzung von städtischen und staatlichen Rechten durch sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte loszutreten kann, bezweifeln wir und zwar aus berechtigten Gründen. Wir empfehlen ihm eine gewissenhafte Untersuchung im stillen Kämmerlein vorzunehmen.

Neben der Heilsehnde Schwertl müssen noch allehand Dinge herhalten, auf die die giftigen Zentrumspartei losge-schoben werden. So erstrahlt sich der „Bad-Beobachter“ in seiner Mittwochsnummer zu der inhumanen Behauptung, daß die Sozialdemokratie nur Trug, Verneinung und negative Kritik kenne! Dies behauptet der „Beobachter“, nachdem der Sozialdemokratie von bürgerlicher Seite und nicht zuletzt von Zentrum die Anerkennung über ihre politische Mitarbeit gezogt wurde. Dies weit der Verdrangungsphantom vom „Beobachter“ so gut wie wir, aber sein blinder Fanatismus und Hoch ist furher wie seine Wahnsinnsliebe, denn: der Zweck heiligt die Mittel. Als Beweis für seine Behauptungen führt der „Beobachter“ die Beratung über die Winternothilfe an, indem er schreibt:

Als vor einigen Tagen in Karlsruhe die Beratung über die Winternothilfe stattfand, war alles einmütig in dem guten Willen aufzugehen — ohne Unterschied der Partei und Meinungen. Die Genossen Erb und Rimelpacher waren die einzigen, die sich reserviert verhielten. Trotz der allgemeinen Not verlangte Erb sogar eine Verdrängung der Hilfe auf Klein- und Sozialrentner und Kriegsbeschädigte! Sein Verdrangungsplan für diese Frage! Auch in der Frage der Hebung und des Erbes erkenne, daß er die Begriffe selbstlose Machtliebe und Rückfrage nicht im sozialdemokratischen Parteiergoen stehen. Weder Programm noch die Vereinter Verdrängung wissen etwas davon! Nach in verdrängter Form beständige Nimmelspoker diesen Eindring. Gott behüte die notleidende Menschheit davor, daß die offentliche Furderung nach sozialdemokratischen Grundsätzen verwaltet wird!

Was hier der „Beobachter“ behauptet, ist doch der Gipfel der Gemeinheit — eine andere Benennung kann es hier nicht geben. Was ist denn das Erbes an der Sache? Daß der Notleidenden geholfen werden mut, darüber herrsche volle Einmütigkeit, dem wurde von allen Seiten zugestimmt. Herr Rimelpacher sprach jedoch am der Beratung über die Aufbringung der Mittel im Auftrage der Nationalen-Organisation, nicht der Sozialdemokratie, mot er auch nicht berechtigt war, noch viel weniger eine Legitimation hatte. Gen. Erb stellt dies auch unabweisbar fest und zwar so deutlich, daß es auch der Verdrangter des „Beobachter“ gehört haben mut. Und er hat es gehört. Aber trotz alledem unterschneidet der „Beobachter“ die Ausführungen Rimelpachers, mit der die Arbeiterschaft nicht einverstanden sein kann, der Sozialdemokratie. In diese Richtung schen ein demagogisches Meistertuck, so nach viel mit — was er über die Ausführungen des Gen. Erb freilich, in Wirklichkeit führt Gen. Erb aus, daß die Arbeiterschaft bei dem Hilfswort nicht zururuckstehe, trotzdem sie selbst schwer zu kämpfen habe. Betreffs der gemeindlichen Mehrheiten könnte er nichts bestimmtes sagen, da diese Frage mit den Organisationsfragen befragt werden mut. Der Standpunkt Erbes war also ein selbstverdranglicher, denn kein vernunftiger Mensch konnte von ihm eine bindende Fulage erwarten, ohne daß er vorher die Karlsruher Gewerkschaften gehört hätte. Daß, was der „Beobachter“ dem Genossen Erb in den Mund legt, ist ein glatter Schwindel und eine ganz niederrandige Verdrängung und Verleumdung. Die wirklieh in Karlsruhe an der Spitze der Volkspartei unterstützt die „Beobachter“, wie er auch die Ausführungen des Genossen Schwertl in derselben Versammlung ebenfalls unterschneidet, daß die Arbeiterschaft nicht zururuckstehe, was das große Wert zu unterstützen. Aus welchem Grunde der „Beobachter“ diese Unterstutzungsoperationen vornimmt, also die Ausführungen über die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft bei der Unterstutzungsoperation seinen Lesern nicht mitteilt, ist zu erwidern, denn würde das „Wahrheits“blatt in der Arbeiterschaft der Wahlerheit die Ehre geben, so wäre Lein Erb und zu seinen blunden Angriffen auf die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Schwertl im besonderen gegeben. Ob der „Beobachter“ mit seiner Verleumdung der Wahlerheit der Sache der Winternothilfe genügt hat, sei dahingestellt. Was sich hier aber das Zentrum gegen die Sozialdemokratie gestellt hat, beweist nur wieder von neuem die unehrliebe, verlogene Kampfweise der Partei „Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht“ und wie gerade von ihr christliche Grundsätze mit Füßen getreten werden, jedoch man mit Recht sagen kann: Gott behüte und vor der Zentrumskorruption in Reich, Staat und nicht zuletzt in der Gemeinde!

Einige alte Frau, verkamert aussehende, die, ihren abge-schabten, aber doch sauberen Kleidern nach zu schließen früher bessere Tage gesehen hat, sieht sich auf dem Wochenmarkt die ausgelegten Waren mit verlangenden Augen an. Befremdet ruden ihre Blicke auf den Kartoffeln. Als eine Nachbarin sie anredete und sie frägt, ob sie Kartoffeln kaufen wolle, antwortet sie: „Kartoffeln würden mir schon genügen, aber ich habe kein Geld, um sie zu bezahlen.“ — So geschahen in Karlsruhe im Winter 1922.

Ein Angestochter der freien Berufe, der früher als Leiter einer großen Anstalt in geistlicher Lebenslage stand, wegen seines Alters jedoch außer Stellung ist, mut sich mit seiner schwachen Gattin von den Zinsen eines Kapitals von rund 15 000 M ernähren. Nummer und Glend sind der ständige Gast in diesem Hause. Nur die Hilfe wohlwulliger Menschen hat sie bisher vor dem letzten gerettet.

Wer will diesen armen Menschen helfen? Die „Winternothilfe Karlsruhe“ ist es, die es sich zum Ziel gesetzt hat, in Fällen, wie vorliegend geschildert und die der Wahlerheit entsprechen, helfend einzugreifen. Sie kann es jedoch nicht, wenn sie von allen Bevölkerungskreisen, die hierzu in der Lage sind, unterstützt wird. Darum, wer noch nicht gesendet hat, gebe sein Scherflein!

Aus der Stadt

Karlsruhe, 17. November
Geschichts-Kalender

17. November, 1776 Friedr. Chr. Schloffer, unabh. Geschichtsschreiber, in Zeher. — 1917 franz. Bildbauer Auguste Robin. — 1917 Aufruf in Finnland. Herrschaft der Sozialisten.

Karlsruher Parteinachrichten

Scheidemann-Versammlung. Die Genossen, die noch im Besitze von Vorberaufstufen für die Scheidemann-Versammlung sind, werden ersucht, heute abend von 8 Uhr an in der Festhalle (an der Garderobe) bei Gen. Lang abzurechnen.

Bezirk Westheim. Morgen Samstag, 18. November, abend 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Löwen“ eine öffentliche Wahlerversammlung statt, wozu alle Wählerinnen und Wähler freundlich eingeladen sind. Referent: Genosse Stadtrat Jung. Parteigenossen und Parteigenossinnen! Agitiert für diese Versammlung.

Bezirk Daxlanden. Die Parteigenossen werden gebeten, zu der morgen abend in der „Wende“ stattfindenden Versammlung ihre Frauen mitzubringen. Gleichzeitig bitten wir die Genossen, am Wahltag nicht hinterm Ofen zu bleiben, sondern sich an der Wohlarbeit zu beteiligen und für unsere Liste zu agitieren. Die Zahl unserer Gegner ist groß, es steht viel auf dem Spiel! Arbeiter am Sonntag für die Partei.

Flugblatt-Verbreitung

Morgen Samstag werden die Flugblätter ausgegeben. Die Parteigenossen und Vertrauensleute sind dringend gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen, je mehr Genossen, desto leichter und reicher wird die Arbeit bemerksamer.

Jugend heraus, Sportler aller Schattierungen und Turner an die Front! Das mut morgen die Lozung sein! Es geht

Er raucht Batschari,
er ist Qualitatstraucher!

W. O. ZWANNY

Wahl der uns Wert

Immer aufs neue wenden wir uns an die Massen der Wähler, der ungeheuren Bedeutung der Wahlen am 20. Februar eingedenk zu sein. Wieder und wieder rufen wir dem werklätigen Volk in Stadt und Land zu, sich bereit zu halten, seine Staatsbürgerpflicht an der Wahlurne zu erfüllen. Die Anforderung zu reiflicher Mäßigkeit und regster Tätigkeit im Wahlkampf richtet sich nicht nur an die besonders beauftragten Funktionäre der Partei, sondern an alle Parteimitglieder.

Ihr Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker und Gewerbetreibenden, geht hin in diesen Tagen zu den Lauen und Jagdstätten, den Schwachen und Wanfelmütigen, zu den Zweifelnden und den Gleichgültigen, die von Politik nichts wissen wollen. Sprecht zu ihnen von eurer Ueberzeugung, teilt eure politischen Ansichten allen Bekannten mit! Von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr, von Hand zu Hand finden sich neue Anhänger, neue Wähler für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei. Vergeht auch die Frauen nicht, die erst durch die Sozialdemokratie politische Rechte erhalten haben. Aufklärung tut überall not. Ein weites Feld der Betätigung für die Ziele der Partei liegt noch jedem einzelnen offen. Nützet die Zeit bis zum Wahltag. Werbt für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei und den „Volkscfreund“.

Rechnet die Sammellisten und schafft Geld in den Wahlfonds. Sorgt für den Sieg der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!

Stellenvermittler Zentrum

Die Feststellungen unseres Genossen Schwerdt in Sachen Personalpolitik des Zentrums auf dem Karlsruher Rathaus haben die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht in heftige Aufregung gebracht. In zwei Kilometer-Artikeln versucht Herr Stadtrat Franz und ein Anonymus die Zentrumsparlei reinzuwaschen. Wenn man's so liest, möchte man's fast glauben. Aber wir kennen ja die Verhältnisse genauer; das weiße Unschuldskleid ist Lüge und nur weiß überläufig! Darunter sieht's ja schwarz aus. Wir haben gestern bereits eine Probe einer telephonischen „Stellenvermittlung“ des Zentrums gegeben. Heute sind wir in der Lage, eine weitere Schicht der weißen Dünge von Unschuldskleide des Zentrums abzustreifen. Der Herr Zentrums-Stellenvermittler Ingenieur Grund, Mitglied der Personalkommission erhielt vor einiger Zeit folgenden Brief:

An Herrn Ingenieur Grund, Karlsruhe. Betrifft: Vertraulich. Witten, den 1. Dez. 1921. Bei der Hofbahn wird ein Bauingenieur gesucht. Stadtrat Fr. dort ist wohl der Maßgebende hierbei. Es wird sich für den Posten ein Ingenieur G., jetzt bei der Straßenbahn Redlingenhausen melden. Da Bauingenieure selten sind, macht sich dieser Hoffnungen für den Posten. Doch andere Bedorungen werden, erscheint mir wahrscheinlich, oder G. ist ein fieser Kerl und er paßt sich gut überall an. Ich habe ihn versprochen, daß Sie, wenn Sie dazu Gelegenheit haben, ihn auf Grund dieses Unschuldskleides befragen. Ich habe G. gesagt, daß er sich auf Sie berufen kann. Also sind Sie orientiert. Ich habe großes Interesse daran, daß G. dort als mein Mann ankommt, weil er als mein Mann, uns Vorteile bringen kann. Mit Gruß

Quod erat demonstrandum! Was zu beweisen war! Das Zentrum ist die Partei der reinen Unschuld — daher die schwarze Farbe, der reinen Sachlichkeit, daher die niederträchtigen Angriffe auf Genosse Schwerdt, der reinen Sittlichkeit, daher die Liebe für das „Animerbad“ und die Unterschriftenammlung für dasselbe, und der reinen Unparteilichkeit, daher das Telephongespräch ins Justizministerium und der Brief an den Herrn Grund. — Der Bauingenieur kam nicht wieder — aber Herr Grund war nicht schuld daran. Noch eine Probe geübt?!

Die Feststellungen unseres Genossen Schwerdt in Sachen Personalpolitik des Zentrums auf dem Karlsruher Rathaus haben die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht in heftige Aufregung gebracht. In zwei Kilometer-Artikeln versucht Herr Stadtrat Franz und ein Anonymus die Zentrumsparlei reinzuwaschen. Wenn man's so liest, möchte man's fast glauben. Aber wir kennen ja die Verhältnisse genauer; das weiße Unschuldskleid ist Lüge und nur weiß überläufig! Darunter sieht's ja schwarz aus. Wir haben gestern bereits eine Probe einer telephonischen „Stellenvermittlung“ des Zentrums gegeben. Heute sind wir in der Lage, eine weitere Schicht der weißen Dünge von Unschuldskleide des Zentrums abzustreifen. Der Herr Zentrums-Stellenvermittler Ingenieur Grund, Mitglied der Personalkommission erhielt vor einiger Zeit folgenden Brief:

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Bei der diesmaligen Gemeindevahl kommt es auf den letzten Mann an; alle Mitglieder der Gewerkschaften müssen zur Wahl gehen.

Um die Gewissheit zu haben, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Wahlpflicht erfüllen, wird bei der diesmaligen Wahl eine genaue Kontrolle durchgeführt werden.

Das Untersuchermium wendet aus seinem Korruptionsfond Millionen an, um dem Bürgerium zum Siege zu verhelfen. Die Arbeiterchaft hat nur eine einzige Waffe gegen diese Korruption: den Stimmzettel. Wer von dieser Waffe keinen Gebrauch macht, handelt als Feind an seiner eigenen Klasse, unterstützt seine Zofelnde. Es ist deshalb bringendes Muß, daß jeder Gewerkschaftler von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Die Einziehung der Kontrolle ermöglicht die Feststellung, wer seine Pflicht tat, oder wer durch seine Wahlsaulheit die Feinde der Arbeiterchaft unterstützt hat. Wehe also jeder zur Wahl! Wähle jeder sozialdemokratisch!

Der Wahlaufreiß des Tagblatts

Unter der Ueberschrift „Wähler“ leistet sich das „Karlsruher Tagblatt“ auch einen Wahlaufreiß. Derselbe ist natürlich in bürgerlichem Sinne gehalten, aber ein Nachwort, das an Diebstahl und Räuberthat kaum zu überbieten ist. Da der Verfasser auf kommunalpolitischem Gebiet eigentlich nichts vorzubringen weiß, formt er mit der Weidner Regierungskritik und in Verbindung damit mit einer ernstlichen Sozialistenhetze. Wir glauben, aus mit dieser Geistesrichtung über die Notwendigkeit des Austritts unserer Partei aus der Regierung nicht auseinanderzulegen zu müssen. Kommunalkonflikte hat sich der Verfasser nur den einen Satz abgeframpft: „Innere Reformen müssen auch die Städte durchzuführen. Die Sozialdemokratie gefährdet die Durchführung der Reformpläne. Das sagt genug für jeden, der am Sonntag zur Wahl des Bürgerausschusses geht.“

Es wäre äußerst interessant zu erfahren, was die „Tagblatt“-Redaktion eigentlich für großartige „Reformpläne“ auf der Platte hat, deren Durchführung angeblich die Sozialdemokratie gefährdet. Heraus mit eurer Weisheit!

Die Befoldungsfrage der Beamten

Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (A.D.B.) wurde auf letzten Samstag in den „Fleischen“ eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Saal war aus Kräften aller Beamten dicht besetzt und der Referent Dr. Böller vom A.D.B. vertrat es, in vorzüglicher Weise in nahezu stündigen sehr sachlich gehaltenen Ausführungen über Befoldungs- und Rechtsfragen der Beamten und die Stellung des A.D.B. zu berichten. Zahlenmäßig wies er nach, daß trotz aller Gehaltsveränderungen die Besüge der unteren Beamtengruppen weit hinter dem sogenannten Existenzminimum zurückgeblieben sind. Im Vergleich zum September, sei die Lebenshaltung um 70 Prozent, das Einkommen aber nur um 25 Prozent gestiegen. Aus dem Abstand zwischen dem Kaufwert der Besüge in der Friedenszeit und dem der heutigen Lasse sich die ganze Verelendung der Beamtenchaft erkennen. Die Regierung sei Gegner der Abheilung der Gehälter. Sehr interessant waren die Ausführungen über die Verzahnung der Gehälter von 1921 ab bis heute und die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes (D.B.B.) hierzu, besonders aber auch das Verhalten des...

selben bei der letzten Gehaltsregelung. Wenngleich der D.B.B. den bisherigen Stimmann befehtigt haben wollte, sei er indert doch wieder maßgebend für die Beamtenbesüge gewesen, was auch Erstaunen beim D.A.B. hervorgerufen habe. Das Verhalten des D.B.B. der glaubt, es müsse getrennt für Arbeiter und Beamte verhandelt werden, habe wesentlich dazu beigetragen, daß die Regierung einfach, ohne Verhandlung mit den Gewerkschaften sagte, 28 Prozent gibt es mehr für die Beamten. Der Referent wies nach, daß das getrennte Verhandeln den Beamten Schaden bringt, auch bezügl. Wirtschaftspolitik müsse Hand in Hand mit der Arbeiterschaft gegangen werden. Er erläuterte das Wirtschaftsprogramm des A.D.B. und das des D.B.B. Schließlich kam er noch auf einen kürzlich im „Wachposten“ erschienenen Artikel zu sprechen und erwähnte, daß der A.D.B. politisch neutral sei, wobei er Vergleich über die Ausführungen im „Wachposten“ anstellte. Dem Referenten folgte eine lebhafte Debatte aus der zu entnehmen war, daß der größte Teil mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war und die Gründung des A.D.B. für richtig hielt. Man konnte im Allgemeinen die Meinung machen, daß dem A.D.B. Sympathie entgegengebracht wird. Da ein Landesausflug in Karlsruhe besteht, wird nun bald die Bildung von Ortsausstößen folgen, so daß der A.D.B. sich demnächst in Karlsruhe bilden wird, er auch in Baden die Beamten zusammenfaßt.

5. Weisung des Streiks bei der Mälzerei Wimpfheimer. Am Montag sind die Arbeiter der Mälzerei Wimpfheimer in Folge Rohstoffmangels in Streik getreten, der jedoch gestern beigelegt wurde.

6. Winterhilfe. Die Karlsruher Winterhilfe hat in einer Versammlung beschlossen, monatlich 3-400 Mark markenfreie Brode der Winterhilfe zur Verfügung zu stellen.

Die „Neuere“ Tageszeitung. Von einem anständigen Leser wird der „Sangerhäuser Zeitung“ geschrieben: Ich hielt kürzlich Einkehr in einer Wirtschaft. Ein Gesprächsstoff fehlte es nicht, die Stimmung wurde erregt, als einer auf die „Neuere“ Zeitungen zu sprechen kam und bemerkte, daß die Zeitung im November 200 M. kosten soll. „Wer kann denn das noch bezahlen!“ Der Kellner verstand „zahlen!“ und sagte: „Drei Gros 100, zwei Vier 50, zwei Fingern 60, macht 275 M., plus 10 Prozent macht 302 M. 50.“ „Gottverdammte!“ war die Antwort, „davor könnte mir ja mehr wie ein Monat unsere Zeitung läsen!“

8. Ruppurr. Der Zustand der Straße von Karlsruhe nach Ruppurr spottet jeder Beschreibung. Durch den starken Autoverkehr ist die Straße aufgerissen, überall liegen die Schottersteine, mit denen die Köcher notdürftig ausgefüllt wurden, herum, und es ist für die Bewohner des Stadtteils Ruppurr, die mit dem Rad zur Stadt fahren, abends lebensgefährlich, die Straße zu benutzen. Rührt dann ein Radfahrer auf dem Gehwege, schnell macht die Polizei aus der Dunkelheit auf, um den Sündenbock aufzufressen. Es wäre doch Pflicht der Polizei, ehe sie denart vorgreift, die Welt, Wachen auf die Mängel dieser Straße aufmerksam zu machen. Unsere Vertreter auf dem Rathaus würden sich den Dank vieler Bewohner von Ruppurr erwerben, wenn sie sich auf dem Rathaus energisch für die Beleuchtung der Allee einsetzen würden, damit die Polizei nicht mehr im Dunkeln zu „fischen“ braucht.

9. Löwen im Stadtpark. Seltene Gäste, und zwar im richtigen Sinne „Gäste“, sind im Stadtpark eingezogen: 3 prächtige Löwen, (ein 17 Monate altes männl. und 2 weibliche Tiere.) 1 Wolf, 1 großer afrikanischer Strauß, 2 Lamas, 1 Riesenkänguruh, mehrere Affen, Papageien und 1 Riesenschlange. Die Löwen sind in einem Schuppen der Gärtnerei neben den Hühnern und die übrigen Tiere bei den entsprechenden Tieren des Gartens untergebracht. In den Schauhäusern beim Rosenpark leuchten z. B. die herlichen Farben der Euphorbien, deren Pracht leider viel zu wenig Beachtung findet. Trotz der rauhen Jahreszeit lohnt sich deshalb der Besuch des Gartens sowohl für den Blumen- wie für den Tierfreund.

Baluta-Bericht vom 17. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 0.07 Cis. Auszahlung Holland notierte etwa 2080 M. per holl. Guld.; Schweiz notierte etwa 1950 M. per schw. Fr.; England notierte etwa 23000 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte etwa 500 M. per frz. Fr.; Newberk notierte etwa 7525 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schäferinsel 175, gef. 5; Reil 204, gef. 11; Mayau 455, gef. 15; Mannheim 408, gef. 22 Zentimeter.

Schriftleitung Georg Schäfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Rechte Nachrichten Hermann Kadel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Justizialen Herrn. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Gewerkschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Ausgewählten Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Wir zu 4 Heften. Die Heft 2. und mehr Heften Nr. 20. Die Heft 2. und mehr Heften Nr. 20. Die Heft 2. und mehr Heften Nr. 20. (Veranstaltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.) Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Weststadt.) Heute abend fällt die Turnstunde für Mitglieder aus. 5626

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Kath. Stud. alt 60 Jahre, Witwe von Mathias, Jar Stud. Johannes Dewers, Privat, Chemann, alt 58 Jahre, August Gieser, Oberrechnungsrat a. D., Chemann, alt 71 Jahre. Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen Freitag, 17. Nov. 143 Uhr: Katharina Stud, Bugmeisters-Witwe, Augartenstr. 6. 4 Uhr: Johannes Dewers, Privat, Gaingergstr. 7, in Mühlberg beerdigt.

LUX SEIFEN-FLOCKEN zergehen in heissem Wasser schnell und restlos, sie geben eine wirksame Seifenlösung und einen kräftigen Schaum. Sunlicht Gesellschaft A. G. Mannheim-Rheinau.

